

RATHAUSREPORT

14. Jahrgang

36. Stadtverordnetenversammlung vom 2. Mai 2007

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke.PDS Potsdam 4/07

► Drewitz ► Schule in Postdam ► Bürgerinitiativenfonds



Birgit Gärtner und Achim Fahrenkamp, Inhaber und Geschäftsführer der porta-Gruppe und Hans-Jürgen Scharfenberg



Mit auf den Weg ...

Liebe Leserin, lieber Leser, meine Fraktion hat sich in den vergangenen Jahren intensiv darum bemüht, die Brache in Drewitz zu entwickeln. Sicher werden Sie sich noch daran erinnern, dass wir uns für die Errichtung eines Freizeitparkes stark gemacht haben. Dies musste jedoch endgültig ad acta gelegt werden, als sich die Mehrheit der StVV für ein Freizeitbad am Brauhausberg entschieden hat, was, wie der bisherige Verlauf bestätigt, nicht ohne Probleme ist. Im Jahr 2006 wurde durch die Verwaltung favorisiert, dass sich dort ein Baumarkt ansiedelt. Dies konnten wir jedoch verhindern, da wir fest davon überzeugt sind, dass dadurch eine unnötige Konkurrenz aufgebaut wird, die nicht gebraucht wird. Nun hat sich mit der porta-Gruppe ein Investor gefunden, der bereit ist, ein Einrichtungshaus für jeden Geldbeutel zu errichten. Dieser Familienbetrieb ist dafür bekannt, dass er über sein eigentliches Geschäft hinaus sich auch für soziale Projekte am Standort engagiert und daran interessiert ist, Mitarbeiter aus der Region zu beschäftigen. Wir haben den Weg gewählt, zunächst einmal mit den Bewohnern des Gebietes ins Gespräch zu kommen, um auszuloten, ob man sich ein solches Projekt auf dem zentralen Platz zwischen Drewitz, Stern und Kirchsteigfeld vorstellen kann. Erfreut bin ich darüber, dass die Inhaber und Geschäftsführer der porta-Gruppe zugesagt haben, weitere Bürgerveranstaltungen zu besuchen, um ihr Geschäft vorzustellen. Nutzen wir also gemeinsam die Gelegenheit, das Angebot zu prüfen und den Ansiedlungsprozess zu beschleunigen.



Ingo Kome

Neuer Anlauf für die Brache in Drewitz

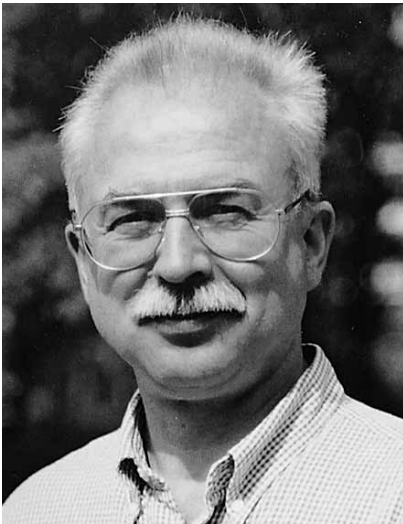
Linksfraktion präsentiert Investor

Der Saal im Bürgerhaus Sternzeichen war am 6. Mai 2007 überfüllt. Vertreter der Bürgerinitiativen, die Stadtteilmanagerin, Vorsitzende von Vereinen und zahlreiche weitere interessierte Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung der Fraktion DIE LINKE.PDS der Potsdamer StVV zum Frühschoppen Rathausreport live gefolgt. Und ihr Kommen hat sich gelohnt, denn neben den Abgeordneten der Linksfraktion waren die Inhaber und Geschäftsführer der porta-Gruppe gekommen, um ihr Projekt, die Gestaltung der Drewitzer Brache mit einem Einrichtungshaus, vorzustellen. Hans-Jürgen Scharfenberg, dessen Fraktion sich seit langem bemüht die Brache zu entwickeln, hatte die porta-Familie eingeladen, um ihr Vorhaben zunächst mit den Bewohnern der Stadtteile Stern/Drewitz und Kirchsteigfeld zu besprechen und auszuloten, ob sie hier Willkommen wären. Dies sei ein besserer Weg als ihnen ein am grünen Tisch verhandeltes Projekt vor die Nase zu setzen, so Scharfenberg. Genau dies fand ungeteilte Zustimmung im Saal. Wenn alles klappt, möchte porta mit einem

Investitionsvolumen von 30 Millionen EURO ihr 21. Einrichtungshaus mit einem breiten Möbelsortiment für die ganze Familie, mit einem Restaurant, einer Cafeteria und einer Kinderbetreuungsabteilung entstehen lassen. Vorgesehen ist, ca. 250 Arbeits- und 8 bis 10 Ausbildungsplätze zu schaffen. Natürlich mit Fachkräften aus der Region. Wie auch an den anderen porta-Standorten in der Bundesrepublik, will die Gruppe auch hier ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und Projekte vor Ort unterstützen.

Hans-Jürgen Scharfenberg sicherte zu, dass seine Fraktion bereits in der nächsten Sitzung einen Antrag in die StVV einbringen wird, um den Weg für ein Einrichtungshaus der porta-Gruppe auf der Drewitzer Brache zu ebnen. Nachdem der Oberbürgermeister sich in der Vergangenheit bereits dahingehend geäußert hatte, dass ein Einrichtungshaus eine Bereicherung des Sortiments in Potsdam darstellen würde, darf man gespannt sein, wie sich die StVV insgesamt zu dem Vorschlag verhält.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL



im Mai 07
Von Alexander Steinicke

Schule ohne Ende

Gerät einem das Wort „Schule“ in den Kopf, ist man in Potsdam momentan ziemlich schnell beim Problem Eisenhartschule. Dabei soll diese Schule doch nur umziehen, keinesfalls geschlossen werden. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass ein Umzug der Eisenhartschüler in die Burgstrasse ein vernünftiger Vorschlag ist. Aber die Zeiträume strecken sich in jedem Falle in die Länge. Für den 14. Mai hat der Oberbürgermeister zu einer großen Problemlösungsrunde eingeladen. Dabei ist dies, von der Tragweite der vorgeschlagenen Veränderung her, eines der kleineren Probleme. Auf der Tagesordnung am 2. Mai standen auch zwei Beschlussvorlagen, die die vollständige Schließung zweier Schulen vorsehen. Die Papiere wurden ohne Diskussion in den Bildungsausschuss überwiesen. Aber auch dort sind keine hitzigen Diskussionen wie bei der Eisenhartschule zu erwarten, denn die Schülerzahlen sprechen in ihrer Niedrigkeit eine eindeutige Sprache. Und es wird in den nächsten zwei Jahren noch schlimmer kommen. Dann erreichen wir die „Talsohle“ der Schüleranzahl in den weiterführenden Schulen (ab Klasse 7). Dann geraten selbst unsere Leuchttürme ins Wanken, die Gesamtschulen. Wenn sie nicht genügend Schüler für die Bildung der Sekundarstufe II aufnehmen können, werden sie zu Oberschulen (bis Klasse 10) herabgestuft. Es bleibt also einiges zu tun, damit möglichst wenige Schulen ein Ende finden.

Der Autor ist Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Sport der StVV

Fonds für Bürgerinitiativen

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. PDS wurde der OB beauftragt zu prüfen, in welcher Form Bürgerinitiativen, die sich übergreifend und stabil um Probleme in den Wohngebieten kümmern und damit der Verwaltung als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, eine städtische Unterstützung erfahren können. Geprüft wird nun die Einrichtung eines Budgets für Bürgerinitiativen, die Einrichtung von Projektfonds und die Unterstützung in Form von Sachleistungen, zum Beispiel durch die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten. Weiterhin muss geprüft werden, welche Verbesserungsmöglichkeiten und Chancen in der Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und den Bürgerinitiativen gerade vor dem Hintergrund des Vorhabens „Entwicklung der Stadt zur Bürgerkommune“ bestehen. Im November 2007 muss der OB in der StVV über das Ergebnis der Prüfung berichten.

Kunst im öffentlichen Raum

Der Oberbürgermeister wurde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.PDS beauftragt, auf der Grundlage der bis Ende 2006 aktualisierten Bestandsaufnahme der Kunst im öffentlichen Raum die Voraussetzungen für eine geeignete Veröffentlichung zu schaffen und ein Konzept zur schrittweisen Umsetzung der Sanierungsaufgaben zu erarbeiten. Abgelehnt wurde hingegen die weitere Forderung der Linksfraktion, dass auch eine Bestandsaufnahme über die vorhandene baugebundene Kunst gemacht werden soll.

Hartz-IV-Kinder

Nachdem die Stadtverwaltung zu Protokoll genommen hatte, dass auch sie Handlungsbedarf zur Änderung des SGB II, was die Anrechnung von Geldgeschenken an Kinder für die Errechnung des Hartz-IV-Beitrages betrifft, sieht, sah die Linksfraktion ihren entsprechenden Antrag als erledigt an.

Groß Glienicke

Obwohl die CDU in diesem Linksfraktions-Antrag „keinen Sinn“ sah, wurde mehrheitlich beschlossen, den OB zu beauftragen, die Änderung des B-Planes



www.gleimo.de

Nr. 8 im Ortsteil Groß Glienicke im Bereich des Sondergebietes Freizeit (Badewiese) mit dem Ziel der Reduzierung des Baufensters vorzubereiten.

Obere Wublitz

Auf Antrag der Linksfraktion wurde der OB beauftragt, das Anliegen der Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit beim Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg vorzutragen, um auf die besondere Bedeutung der Biotopvernetzung in der Wublitzrinne aufmerksam zu machen.

Keplerplatz

Auf Antrag der Linksfraktion wurde der OB beauftragt, die ehemalige Kaufhalle am Kepler-Platz gemeinsam mit dem Eigentümer, der REWE-group, wieder einer Nutzung zuzuführen.

Beleuchtung der Parforceheide

In Absprache mit dem Berliner Senat muss sich der OB auf Antrag der Linksfraktion für die Beleuchtung des Weges zwischen dem Wohngebiet An der Parforceheide und dem Ende der Stahnsdorfer Straße einsetzen.

Energiepreisentwicklung

Der OB wurde auf Antrag der Linksfraktion beauftragt, im September 2007 eine Übersicht über die Energiepreisentwicklung der EWP für den Zeitraum ab 2000 vorzulegen. Dabei geht es insbesondere um die Entwicklung der Kosten und Erlöse und der Einkaufspreise.

Schulsozialarbeiter

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.PDS muss der OB bis September 2007 den tatsächlichen Bedarf an Schulsozialarbeitern in Potsdam ermitteln.

Villa Grenzenlos

Der Rechnungsprüfungsausschuss wird im Juni 2007 den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Mittelverwendung durch den Betreiber der Villa Grenzenlos behandeln. Dies hatte die Linksfraktion beantragt.

Die Vorlage des OB zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept wurde noch einmal in die Ausschüsse zurücküberwiesen. Vor allem die Linksfraktion will noch einmal darüber diskutieren, dass auf den in diesem Konzept vorgesehenen Abriss der Garagen im Schäferfeld verzichtet wird.

☺ Stadtverordnete der Fraktion Die Linke.PDS fragten – die Verwaltung antwortete

Karin Schröter, DIE LINKE.PDS, wollte wissen, welche Möglichkeiten es angesichts der dramatischen Finanzsituation der Schlösserstiftung gibt, diese in ideeller oder materieller Art zu unterstützen. Der OB stimmte zu, dass die Stiftung ein wichtiger Faktor für Potsdam ist und die Stadt bestimmte Projekte fördert. Materielle Hilfe könne man jedoch nicht leisten, da seien die Bundes- und die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg zuständig. Man habe jedoch Interesse daran, den Investitionsstau abzubauen. Auf den Einwand von Karin Schröter, dass es Potsdam gut zu Gesicht stünde, wenn beispielsweise ein Referenzobjekt, eine Skulptur oder ähnliches saniert werden könne, entgegnete der OB, dass er eine solche Möglichkeit nicht sehe, bürgerschaftlichem Engagement jedoch nichts im Wege stehe. Er forderte alle Stadtverordneten auf, den freiwilligen Parkeintritt zu zahlen.

☺

Zwischenzeitlich fanden mit den Nutzern der Elflein-Höfe Gespräche statt, um die Anwohnerbeschwerden zu erörtern und Lösungen zu suchen, sagte die zuständige Beigeordnete auf entsprechende Anfrage von Karin Schröter. So müssen in den Werkstätten ab 21 Uhr geräuschintensive Arbeiten eingestellt werden, nächtliche Nutzungen des Innenhofes müssen mit den Anwohnern abgestimmt werden, ein Anwohnertelefon wurde eingerichtet, die gastronomischen Einrichtungen wurden auf die Einhaltung der Öffnungszeiten hingewiesen und es wurde eine Tafel angebracht, die darauf hinweist, dass ab 22 Uhr kein Lärm mehr im Hof gemacht werden dürfe.

Auf Nachfrage von Karin Schröter, wohin sich die Bewohner mit Beschwerden richten müssten, verwies die Beigeordnete auf das Ordnungsamt und auf das Anwohnertelefon.

☺

Bis Dezember 2009 muss die EU-Dienstleistungsrichtlinie in nationales Recht umgesetzt werden. Rolf Kutzmutz, DIE LINKE.PDS, fragte den OB, was dafür bislang getan wurde. Der OB antwortete, dass die Verwaltung bereits seit August 2006 mit der Umsetzung befasst sei, es jedoch noch Entscheidungsbedarf auf Bundes- und Landesebene gäbe.

☺

Auf Nachfrage von Jana Schulze, DIE LINKE.PDS, legte die Beigeordnete dar, dass im Jahr 2006 insgesamt 5 Anträge von Eltern auf Erstattung von Kitabeiträgen gestellt wurden, von denen 3 abgelehnt, einer vollständig und einer gemindert akzeptiert wurden. Im Jahr 2007 liegen bislang 4 Anträge vor, von denen einer bewilligt, einer gemindert und die anderen noch nicht beschieden wurden.

☺

Jana Schulze fragte erneut nach den ordnungsrechtlichen Maßnahmen seitens der Verwaltung wegen Zuwerdhandlungen von Fahrzeugführern auf dem Marktplatz Kirchsteigfeld. Die Baubeigeordnete sicherte zu, dass das Parken dort auf zwei Stunden begrenzt und zwischen 21.00 und 07.00 Uhr ausgeschlossen sein sollte. Damit sei eine Anregung der Bürgeri-



initiative aufgegriffen worden. Ende Juli soll das Verfahren abgeschlossen sein. Bis dahin dürfe man dort jedoch nicht parken.

☺

Wann Entschädigungen an die Voreigentümer der Fachhochschulgrundstücke gezahlt wurden, fragte Brigitte Oldenburg, DIE LINKE.PDS. Es geschah vor dem 3. Oktober 1990, wann genau sei jedoch nicht mehr nachvollziehbar, antwortete die Baubeigeordnete.

☺

Auf die Frage von Brigitte Oldenburg, mit welchen Begründungen die geltend gemachten Rückübertragungsansprüche bzgl. der Fachhochschulgrundstücke abgelehnt wurden, sagte die Baubeigeordnete, dass dies dem Datenschutz unterfalle. Von 20 Anträgen sind 19 rechtskräftig abgelehnt, der noch ausstehende wird ebenfalls abgelehnt werden, so die Beigeordnete.

☺

Mit dem Land seien alle Rahmenbedingungen abgestimmt, sagte die Baubeigeordnete auf die Frage von Brigitte Oldenburg, wie das Land als Fördermittelgeber die Tatsache im Rahmen des Kosten-Nutzen-Prüfung des Fördermittelantrages bewertet, dass die Trambrücke die Straßenbahnführung am Landtagsneubau vorbei auf niedrigerem Niveau ermöglichen würde, als es von der Langen Brücke aus erfolgen könnte.

☺

Entsprechend einer Entscheidung der StVV sollte im Übertragungsvertrag die Bestellung einer Grunddienstbarkeit zur Sicherung des Verwendungszweckes „zukünftiges Freizeitbad Am Brauhausberg“ und vor allem eine Rückkauflassungsvormerkung zugunsten der Landeshauptstadt vereinbart werden. Auf die Nachfrage von Brigitte Oldenburg, wann dies erfolgt sei, antwortete der Bürgermeister am 08. März 2006.

☺

Derzeit gibt es keinen Anhaltspunkt für eine Änderung des Fördermittellansatzes von 80 Prozent für das Niemeyerbadprojekt, beantwortete die Baubeigeordnete eine entsprechende Frage von Brigitte Oldenburg. Der „Niemeyeranteil“ sei jedoch in der aktuellen Kostenberechnung nicht enthalten. Der derzeitige Stopp der Arbeiten am Projekt sei dem Verfahrensstand geschuldet, so die Baubeigeordnete. Auf Nachfrage von Karin Schröter, wann mit dem Beginn der Verschönerungsarbeiten auf dem Gelände, wie von der StVV beschlossen, begonnen werde, sagte die Beigeordnete, dass die Stadtwerke dafür ein Konzept und einen entsprechenden Kostenplan erarbeiten wollen, an dem sie noch dran sind.



Kurz berichtet

+ + + +

Die Ablehnung des Antrags von Opus Dei, in Potsdam ein katholisches Knabengymnasium einzurichten, fand in der Linksfraktion eine positive Resonanz. Alles andere wäre ein „Rückgriff in die Mottenkiste der Vergangenheit gewesen“, kommentierte Hans-Jürgen Scharfenberg die Entscheidung des Bildungsministeriums.

+ + + +

Scharf kritisierte die Linksfraktion das Engagement des Oberbürgermeisters bei der Steineklopaktion auf dem Alten Markt. Es sei unverständlich, warum sich der OB, der einen Landtag und nicht das Stadtschloss errichten soll, an die Spitze der Bewegung stellt. Auch trage der OB die Verantwortung dafür, dass die Fundamente des alten Schlosses abgetragen wer-

den. Jakobs hatte zuvor klargestellt, dass sich die Steine im Eigentum der Landeshauptstadt befänden und es insoweit frei stehe, was mit dem durch den Verkauf zusammengekommenen Geld wird.

+ + + +

Sein Unverständnis brachte Hans-Jürgen Scharfenberg über die durch Bundestagsabgeordnete der SPD verbreitete Information, dass sich das Bundesinnenministerium mit dem Gedanken trage, das Bundespolizeipräsidium in Potsdam anzusiedeln. Die Veröffentlichung der Idee käme zur Unzeit. Da sie nun jedoch in der Welt ist, muss jetzt alles daran gesetzt werden, für den Standort zu werben, da ansonsten die Gefahr besteht, dass wiederum ein anderer Standort gewählt würde, wie es bereits bei anderen Ansiedlungsplänen von Bundesinstitutionen der Fall war, so Scharfenberg.



Abgelehnt

Mit 19 zu 26 Stimmen wurde der Antrag der Linksfraktion abgelehnt zu prüfen, ob die ständige Ausstellung zur Stadtentwicklung in den Räumen der Fachhochschule auf dem Alten Markt gezeigt werden kann.



Zur Wiedervorlage

Babelsberger Park

Der Hauptausschuss wird sich auf Antrag der Linksfraktion und der CDU mit dem Interessensausgleich zwischen der Schloßerstiftung und den Bürgerinnen und Bürgern zum Babelsberger Park befassen. Die Linksfraktion setzt sich für die Bildung eines Beirates ein, damit gemeinsam Lösungen im beiderseitigen Interesse gefunden werden können und die Situation nicht weiter eskaliert.



Was – wann – wo

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE. PDS in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr
14. und 21. Mai 2007; 04.; 11. und 18. Juni 2007

37. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit Einwohnerfragestunde

Stadthaus, Plenarsaal
06. Juni 2007, Beginn 13 Uhr

Frühshoppen „Rathausreport live“

Groß Glienicker Begegnungshaus, Dorfstraße 2 in Groß Glienicke
10. Juni 2007, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 5/2007

Stadthaus, Raum 3.107
15. bis 20. Juni 2007 (außer Sa. und So.)

Info-Stände DIE LINKE. PDS in den Stadtteilen

15. Juni 2007:	14:00 Uhr	REWE-Markt, Zentrum Ost
	14:30 Uhr	Keplerplatz, Am Stern
	15:00 Uhr	Rathaus Babelsberg
	15:00 Uhr	Waldstadt-Center, Waldstadt II
	16:00 Uhr	Havel-Nuthe-Center Drewitz
16. Juni 2007:	10:30 Uhr	Marktplatz, Kirchsteigfeld
	10:00 Uhr	Stadtplatz, Am Schlaatz

Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL)

22. Mai 2007, von 18-20 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)

Voranmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69

Mail: pdscharfenberg@aol.com

Direktabrechnung Straßenreinigung

Die Linksfraktion will zur Entlastung der Stadtverwaltung erreichen, dass künftig die Abrechnung der Straßenreinigung direkt durch die Stadtwerke erfolgt. Dazu wird im Hauptausschuss beraten.

Schwebendes Paar

Ob das Wandbild „Schwebendes Paar“ am Kepler-Platz in die Denkmalliste aufgenommen und Maßnahmen zu dessen Schutz vor dem weiteren Verfall veranlasst werden sollen, wie von der Linksfraktion beantragt, beraten die Ausschüsse.

Da der

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke.PDS Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: Linkspartei.PDS-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
eMail: DIELINKE.PDS-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331-2893051, Fax 0331-2893119